



Sperrfrist: 5. Januar 2015, 18:00 Uhr

Ansprache von Regierungspräsident Dr. Guy Morin anlässlich des Neujahrsempfangs am 5. Januar 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

„Miteinander die Herausforderungen der Zukunft meistern“

Was haben die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative, das Rathausjubiläum, die Ablehnung der Fusionsinitiative, die Pläne von Roche für ein noch höheres Büro- und Laborgebäude, die Ablehnung von zusätzlichen Wohnungen bei den Rheinäckern oder zuletzt die Rückweisung des Kantonsbudgets 2015 gemeinsam?

Es sind alles Ereignisse, die das vergangene Jahr geprägt haben und bei einem Jahresrückblick nicht fehlen dürfen. Es ist eine Auswahl mit der ich versuchen möchte, die „Lage“ unseres Kantons und die „Befindlichkeit“ unserer Bevölkerung zu beschreiben und Rückschlüsse daraus zu ziehen. Dies ist ein Wagnis, denn es gibt wohl gleich viele Befindlichkeiten und Analysen, wie Einwohnerinnen und Einwohner. Aus Abstimmungsergebnissen, den Reaktionen in den Medien und im Internet oder aus Zuschriften und persönlichen Begegnungen lassen sich aber vielleicht Trends erkennen. Es gehört in jedem Fall zu meinem Alltag, mich damit zu beschäftigen und entlang meiner Werte und Ideale nach politischen Antworten zu suchen. Die folgenden Ausführungen entspringen meiner persönlichen Wahrnehmung und Analyse.

Die „Gefühlslage“ würde ich als Wechselbad zwischen Stolz und Unsicherheit, Weltoffenheit und Abschottung, Vertrauen und Wut beschreiben. Dieses Wechselbad ist Ausdruck einer grossen Verunsicherung. Es liegt an uns allen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder Zivilgesellschaft die Waagschale in Richtung Miteinander, Zuversicht und Offenheit kippen zu lassen. Lassen Sie mich dies nun an den oben erwähnten Ereignissen und Begebenheiten des letzten Jahres erläutern.

Tausende aus der ganzen Region sind im August letzten Jahres an die 500-Jahre-Jubiläumsveranstaltung ins Rathaus geströmt. Ob aus der Stadt oder aus der Landschaft, alle sind stolz auf unser „Rothuus“, unser Wahrzeichen. Etwas vom Glanz und Stolz von 1514 strahlt bis heute. Dem Kanton Basel ging es damals gut. Er war vor kurzem dem Bund der Eidgenossen beigetreten. Die Basler blieben aber selbständig, hatten Bündnisse mit Mulhouse, Rottweil (am Neckar) und anderen Städten, waren weltoffen. Die Universität war vor wenigen Jahren als erste in der Region gegründet worden, die Humanisten lehrten in Basel. Erasmus war im August nach Basel gekommen und druckte zusammen mit Froben das erste griechische Neue Testament. Der Handel und das Gewerbe blühten. Aus Stolz und zu Repräsentationszwecken leisteten sich die Basler ein schönes, mächtiges und teures Rathaus. Stadt und Land gehörten zusammen.

Von dieser Zusammengehörigkeit ist 500 Jahre später nicht mehr viel zu spüren. Statt der Gemeinsamkeiten werden die Unterschiede hauptsächlich auf der Landschaft gepflegt und die

Fusionsinitiative wurde wenige Wochen nach dem Rathausjubiläum wuchtig abgelehnt. Der Stadt-Land-Graben ist tiefer denn je. Wie vielerorts wird die regionale, kleinräumige und eigenständige Identität gepflegt. Und trotz gegenteiliger Bekundungen fehlt vielfach der politische Wille zur Zusammenarbeit. Diese täte aber im Gesundheitswesen und in der Kultur Not.

Auch vom Stolz und Vertrauen in die Institutionen ist nicht mehr viel zu spüren. Immer wieder und immer mehr werden Regierung, Verwaltung, Parlament und Gericht kritisiert und abgewertet. Zu den Institutionen müssen wir aber Sorge tragen, denn sie bilden den Grundstein unserer Demokratie.

Wir haben allen Grund zu Zuversicht und Optimismus. Denn Basel geht es Anfang 2015 gut. So gut wie keinem Kanton in der Schweiz und wie ganz wenigen Gemeinwesen auf der Welt. Nichtsdestotrotz wurde ich in der Vorweihnachtszeit mehrfach von „Unzufriedenen“ angesprochen. Ein junger Mann mit einem behinderten Kleinkind im Rollstuhl beklagt, dass er von der Sozialhilfe keine rollstuhlgängige Wohnung bezahlt bekomme, er sei arbeitslos und seine Frau verdiene nur knapp genügend fürs Überleben. Der Brigadechef der Heilsarmee berichtet mir beim Einsingen der Topfkollekte, ihre Sozialberatungsstelle würde immer mehr in Anspruch genommen. Was läuft hier falsch?

Unserer Wirtschaft geht es gut. Die Life Science Unternehmen Novartis und Roche investieren Milliarden in den Standort Basel. Die von der Roche im Oktober vorgestellte Arealentwicklung allein beinhaltet ein noch höherer Bau als der bald fertiggestellte Bau 1. Dazu fünf weitere Hochhäuser: 3,4 Milliarden Franken Investitionen in Forschung und Entwicklung. Auf der gegenüberliegenden Seite des Rheins weiter flussabwärts spriesst ein Neubau neben dem anderen im Novartis Campus aus dem Boden. Unser Kanton hat 180'000 Arbeitsplätze, so viel wie noch nie. Die Wertschöpfung ist hoch, die Arbeitslosigkeit tief. Dennoch steigt die Sozialhilfequote. Denn einfachere Arbeiten werden oft ins Ausland ausgelagert und bei uns werden nur noch wertschöpfungsintensive hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Basel und die Schweiz figurieren immer zuoberst auf den Ranglisten über Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Diese verdanken wir auch unserer Weltoffenheit. Forscherinnen und Forscher und hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland tragen zu einem grossen Teil dazu bei. Wir importieren Wissen und Know-how und exportieren unsere Produkte. Es gibt kaum eine globalisiertere Wirtschaft als die unsere. Wir sind abhängig vom Ausland. Trotzdem stimmt eine knappe Mehrheit (50,3%) unserer Bevölkerung in der Schweiz im Februar 2014 der Masseneinwanderungsinitiative zu. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen die Anzahl dieser ausländischen Arbeitskräfte begrenzen. Als würden sie ihrem Erfolg nicht trauen; oder diesen durch eine Abschottung beschützen wollen. Neuere Untersuchungen zeigen: Die Ausländerfeindlichkeit und die Skepsis gegenüber der Aussenpolitik in Bezug auf die EU gaben den Ausschlag.

Wieso schaffen wir es nicht – die Politik nicht, die Wirtschaft nicht – unserer Bevölkerung zu erklären, dass unser Wohlstand von dieser Weltoffenheit und von der Personenfreizügigkeit abhängt? Und dass wir daran sind, den Ast abzusägen auf dem wir alle sitzen? Eine mögliche Erklärung habe ich bereits gegeben: Nicht alle haben den gleichen Anteil am Kuchen und viele kommen mit den zunehmenden Anforderungen nicht mit. Der Druck nimmt insbesondere auch für den Mittelstand zu. Wachstum und Reichtum sind auch innerhalb der Schweiz nicht gleichmässig verteilt. Die strukturschwachen, ärmeren und eher ländlichen Gebiete haben möglicherweise deshalb den Ausschlag gegen die Einwanderung gegeben.

Die Ablehnung unserer Überbauungspläne bei den Rheinäckern, die Stadtrandentwicklung Ost, 500 m Luftlinie von den Arbeitsplätzen bei der Roche, ist ein weiteres politisches Signal dieses ambivalenten Grundbefindens unserer Bevölkerung. Dort hätten Wohnungen für 2'000 Personen in einem Grüngürtel vom Rhein bis zur Wiese entstehen sollen. Über die Arbeitsplätze in der Roche sind alle froh, in jedem Fall gab es kaum kritische Stimmen zu den Ausbauplänen der

Roche. Die Arbeitskräfte sollen aber woanders wohnen. Und gleichzeitig klagen alle über den Pendlerverkehr und die Staus auf den Autobahnen und die „Druggete“ in den Pendlerzügen. Oder sie beklagen die Zersiedelung unserer Landschaft. Der innere Widerspruch dieser Einstellung wird nicht erkannt oder tunlichst verschwiegen. Wenn die negativen Auswirkungen von Mobilität und Zersiedelung gedämpft werden sollen, müssen Arbeiten und Wohnen wieder näher kommen. Das heisst verdichten in den Zentren. Es liegt an uns Politikern und Planern, neue attraktive Modelle von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Erholung zu fördern, zu entwickeln und schmackhaft zu machen. Dies ist uns vorerst nicht gelungen.

Und nun komme ich auf mein letztes Beispiel zu sprechen: Die Rückweisung des Budget 2015 im letzten Dezember wegen eines budgetierten Defizits von 31 Millionen Franken. Etwas wurde von den verantwortlichen Grossrätinnen und Grossräte zu wenig bedenkt. Die Rückweisung hat in der Bevölkerung zu einer weiteren Verunsicherung geführt. Neulich auf der Strasse wurde ich von einer Frau angehalten und mit ihrer Sorge konfrontiert: Geht es Basel wirtschaftlich nun auch schlecht? Was heisst das für mich persönlich? Gehen die Steuern hoch? Dabei ist dieses Defizit rein zufällig! Man hätte mit den Kenntnissen von Dezember 2014 genauso gut ein Plus von 30 Millionen Franken budgetieren können. Die Korrekturen hätte die Finanzkommission in ihren Beratungen in Zusammenarbeit mit der Regierung vornehmen können. Nein, es musste ein Zeichen gesetzt werden.

Dies ist reine Symbolpolitik. Durch die Rückweisung wird es unserem Kanton nicht besser und nicht schlechter gehen. Die finanzielle Zukunft unseres Kantons hängt vielmehr von der Vermeidung eines strukturellen längerfristigen Defizits ab. Dazu hat sich der Regierungsrat bekannt und Einsparungen von 65 Millionen Franken ab den Jahren 2016 und 2017 in die Wege geleitet. Diese werden teilweise schmerzhaft sein, und dafür braucht es einen breiten Konsens über alle Parteigrenzen hinweg.

Andere Herausforderungen sind nicht hausgemacht. Die täglichen Nachrichten von Bürger- und Religionskriegen, fanatischem Fundamentalismus, dem Terrorismus des „Islamischen Staates“ und der überall wachsenden Schere zwischen Arm und Reich sind Grund genug für Verunsicherung und Wut. Die sozialen Netzwerke und Internetforen sind voll davon. Als Politikerinnen und Politiker bekommen wir in Zuschriften per Mail, Post und Internet einiges davon zu spüren. Damit umzugehen ist nicht immer einfach. Die so genannten Wutbürger gehen in Europa zu Tausenden auf die Strasse und demonstrieren abwechslungsweise gegen Zuwanderung, gegen Muslime, gegen zu wenig Freiraum und für günstigen Wohnraum. Sie fühlen sich grundsätzlich unverstanden, und auch keiner Partei mehr zugehörig. Und das scheint mir gefährlich.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Viele Menschen sind verunsichert. Vielen fehlt das Vertrauen in die Politik, und in die Wirtschaft. Eine Wirtschaft, die sich rasant entwickelt, die uns Wohlstand, Reichtum, aber auch den Druck bringt, in der Konkurrenz und im Wettbewerb zu bestehen.

Was ziehen wir für Schlussfolgerungen aus diesen Beobachtungen. Es ist die Zeit des Erwachens, Zeit, Stellung zu beziehen, Zeit, Haltung zu zeigen. Zeit aber auch, gemeinsam in einen Dialog zu treten und sich zu verständigen. Es ist auch Zeit, zuzuhören. Dazu braucht es nicht nur eine starke Regierung. Dazu braucht es auch Sie! Gemeinsam können wir den Diskurs steuern. Zeigen Sie, meine Damen und Herren, ebenfalls Haltung. Die Menschen brauchen Führungskräfte, die mit klaren Zielen alle mitnehmen. Wir kommen nicht weiter mit einer ausschliessenden Haltung. Wir kommen nur gemeinsam weiter, indem wir Perspektiven schaffen, indem wir Raum für Widerspruch zu lassen.

Setzen wir uns doch gemeinsam für die bewährten Erfolgsrezepte und Werte Basels und der Schweiz ein!

Weltoffenheit war und ist das Erfolgsrezept. Allen Tendenzen zur Abschottung in der Schweiz müssen wir in einer breiten Allianz von Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft entgegentreten. Die Finanz- und Wirtschaftskraft des Kantons Basel-Stadt hängt ab von einem stabilen Verhältnis mit der EU, von der Erhaltung der Personenfreizügigkeit, von einer Lösung der institutionellen Frage mit Europa und von Frieden in Europa. Die Schweiz wird nicht darum herum kommen, einen positiven Grundsatzentscheid zu den Bilateralen zu fällen.

Die Befindlichkeit, die Verunsicherung unserer Bevölkerung müssen wir alle ernst nehmen. Wir sollten zuhören, das Gespräch suchen und auf die Leute zugehen, sie überzeugen. Im Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz sollten wir für Verständigung und Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit eintreten.

Uns Politikerinnen und Politikern sage ich: Es braucht eine sachliche, konsens- und lösungsorientierte Politik. Konkordanz, das Ringen um Kompromisse und mehrheitsfähige Lösungen sind eine der Stärken unseres politischen Systems. Wir alle sollten den Versuchungen von Vereinfachung, Symbolpolitik, Pauschalisierung, Populismus und Polarisierung widerstehen und entgegentreten.

Und wir sollten zu den Sozialwerken Sorge tragen und für einen sozialen Ausgleich bemüht sein. Denn zu grosse soziale Unterschiede sind der Nährboden für Unruhe und Populismus.

Gemeinsam, das heisst miteinander: Das Parlament mit der Regierung, die Medien als vierte Gewalt mit den anderen Gewalten Regierung, Parlament und Gerichte, die Politik mit der Wirtschaft, die Rechten mit den Linken, die Politiker mit den Einwohnern, Basel-Stadt mit Basel-Landschaft, die Städte mit den ländlichen Gebiete, die Handelskammer mit der Wirtschaftskammer, der Gewerbeverband mit der Verwaltung. Das Miteinander schliesst Kritik und das Austragen von Interessenskonflikten nicht aus. Es bedingt aber Vertrauen und schafft Vertrauen und es gibt der Bevölkerung Sicherheit für die Herausforderungen der Zukunft.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein erfolgreiches neues Jahr.